



Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Generalsekretariat
60262 Frankfurt am Main
Email: corporate.secretariat@db.com
Telefax: 069 910-85560

Köln, 06.05.2013

Gegenanträge des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre zur Hauptversammlung der Deutschen Bank am 23. Mai 2013

Gegenantrag zum Tagesordnungspunkt 3

Die Mitglieder des Vorstands werden für das Geschäftsjahr 2012 nicht entlastet.

Begründung

Im ersten Jahr unter dem Führungsduo Jain und Fitschen hat die Deutsche Bank keinen „Kulturwandel“ hin zu einem ökologisch und sozial nachhaltigen Finanzinstitut vollzogen. Sie unterhält weiter Geschäftsbeziehungen zu Unternehmen, die Umwelt- und Menschenrechte missachten, vergibt Anleihen und Kredite an Atomwaffen-Produzenten sowie Exporteure von Rüstungsgütern in Krisengebiete und spekuliert mit Agrarrohstoffen. Damit tätigt sie Geschäfte, die bei anderen Finanzdienstleistern längst auf dem Index stehen.

Beispiel Kohle:

Auf ihrer Website präsentiert sich die Deutsche Bank als gezielter Förderer Erneuerbarer Energien. Doch entgegen ihrer Pro-Klima-Aussagen unterstützt sie weiter massiv die Kohleindustrie als einer der größten Verursacher des Klimawandels und finanziert Unternehmen, die in schädlichste Abbaumethoden wie Mountain-Top-Removal (Sprengen von Bergkuppen) verstrickt sind. Beim hoch umstrittenen Unternehmen Coal India reichen der Deutschen Bank wenige Zeilen zur Corporate Social Responsibility, um die weitere Zusammenarbeit mit der Firma zu rechtfertigen, obwohl grundlegende Probleme wie massive Umweltzerstörung und Minenbetrieb mehrheitlich ohne Lizenzen nicht angegangen werden und zahlreiche Verfahren gegen Coal India anhängig sind.

Beispiel Atom:

Beim Thema „Atom“ hat die Deutsche Bank die Fukushima-Katastrophe 2011 nicht zum Anlass genommen, ihre Investitionen zu überdenken. Sie hat nach Fukushima zwar ihre Prüfkriterien für die Finanzierung von Atomprojekten erweitert, schließt solche Finanzierungen jedoch nicht aus wie andere Banken. Stattdessen sollen die

Prüfkriterien offenbar neue Atomfinanzierungen besser rechtfertigen. Vom Uranabbau bis hin zur Endlagerung kommen demnach Deutsche-Bank-Gelder in jeder Phase des Nukleargeschäftes und an vielen Orten der Welt zum Einsatz. Eine urgewald-Recherche zur Deutschen Bank im Mai 2012 zeigt, dass die Bank seit Fukushima diversen Atomfirmen zu Geld verholfen hat wie u.a.

- der finnischen Firma TVO, die seit Jahren am AKW Olkiluoto 3 baut
- der französischen Firma Électricité de France (EDF), die den Atommeiler Flamanville baut
- dem italienischen Energieversorger Enel, dem Mehrheitsbesitzer der slowakischen Slovenské Elektrárne (SE), die die veralteten Meiler Mochovce 3 und 4 realisieren will.

Auch unterhält die Deutsche Bank noch immer Geschäftsbeziehungen zu Frankreichs Atommulti Areva und großen Bergbauunternehmen wie BHP Billiton oder Rio Tinto, die zu den wichtigsten Akteuren im Uranbergbau weltweit gehören. Diese Unternehmen stehen bei anderen Finanzdienstleistern auf dem Index, weil durch Uranbergbau Abbaugelände weiträumig radioaktiv kontaminiert werden und ohnehin knappe Trinkwasserressourcen verunreinigt werden. Die Zahl lebensbedrohlicher Gesundheitsschädigungen schnell so in die Höhe.

Beispiel Rüstung:

Nach Deutsche-Bank-Angaben verbietet seit 2008 eine hausinterne, unveröffentlichte Richtlinie die direkte Finanzierung von Streumunition. Auf Druck von NRO erklärte die Deutsche Bank im November 2011, sich komplett aus der Finanzierung von Streumunitionsherstellern zurückzuziehen. Aktuelle Recherchen belegen jedoch, dass die Deutsche Bank v.a. über die Sparte Vermögensverwaltung weiterhin in Streumunitionshersteller investiert ist. Darüber hinaus hat sie unlängst einen Kredit an Lockheed Martin, Hersteller von Streumunition und Atomwaffenproduzent, vergeben.

Auch unterhält die Deutsche Bank Geschäftsbeziehungen zu weiteren führenden Atomwaffenherstellern und finanziert Rheinmetall – das Unternehmen, das Leopard-2-Panzer in Krisengebiete wie Saudi-Arabien, Indonesien und Katar liefern will. Hier sind somit Exporte in Länder geplant bzw. beschlossen, die Menschenrechte nicht achten, was der unlängst unterzeichnete UN-Vertrag zur Regulierung des weltweiten Waffenhandels, Arms Trade Treaty, verbietet.

Beispiel Nahrungsmittelspekulation:

Etwa eine Milliarde Menschen weltweit hungern und sind unterernährt. Allein 2010 stiegen die Nahrungsmittelpreise um ein Drittel und mehr als 40 Millionen Menschen wurden dadurch zusätzlich in absolute Armut gestürzt.

Die Deutsche Bank ist mitverantwortlich für diese Preissprünge. Sie lenkt Anlegerkapital, das mit dem eigentlichen Handel von Rohstoffen wie Soja, Weizen oder Mais nichts zu tun hat, in die Warenterminmärkte. Dadurch können Spekulationsblasen entstehen, die letztlich zu verteuerten Lebensmitteln führen.

Die Bankenseite argumentiert, es fehle der eindeutige Beweis, dass diese Art der Spekulation die Lebensmittelpreise tatsächlich nach oben treibe und Hungersnöte verursachen könne. Es bestehe daher kein Handlungsbedarf; zunächst müssten Kritiker die Schädlichkeit dieser Kapitalanlagen konkret nachweisen.

Diese Auffassung ist zynisch: Nicht die Hungernden müssen die Schädlichkeit eindeutig belegen, sondern die Banken die Unschädlichkeit der Spekulation. Solange dieser Beleg nicht erbracht ist, müssen die Spekulationsgeschäfte gestoppt werden.

Gegenantrag zum Tagesordnungspunkt 4

Die Mitglieder des Aufsichtsrats werden für das Geschäftsjahr 2012 nicht entlastet.

Begründung

Der Aufsichtsrat hat es versäumt, die Geschäftstätigkeit des Vorstands im Hinblick auf Umwelt- und Menschenrechte, Kreditvergabe an Atomwaffen-Hersteller, Exporteure von Rüstungsgütern in Krisengebiete und die Spekulation mit Agrarrohstoffen hin zu kontrollieren. Damit ist der Aufsichtsrat mit verantwortlich, dass der angekündigte „Kulturwandel“ bei der Deutschen Bank bisher unterblieben ist.

Zahlreiche Finanz- und Wirtschaftsfachleute haben dargelegt, dass Finanzspekulationen mit Agrarprodukten nicht zu rechtfertigen sind. In einem Positionspapier der Evangelischen Kirche von Hessen und Nassau heißt es: „Selbst wenn Finanzspekulation mit Agrarprodukten nur einen von mehreren Faktoren für extreme Preissteigerungen oder starke Preisschwankungen darstellt, reicht dies aus, um aus ethischen Gründen davon Abstand zu nehmen.“

Selbst Experten von Deutsche Bank Research haben in mehreren Untersuchungen festgestellt, dass Finanzspekulationen die Preisausschläge auf den Nahrungsmittelmärkten zwischen 2008 und 2011 verstärkt haben und dies gravierende Folgen für Landwirte und Verbraucher nach sich zieht.

Diese Erkenntnisse wurden vom Vorstand der Deutschen Bank in überraschender Weise geleugnet. Ende Februar hatte die Verbraucherorganisation foodwatch sechs Papiere aus den Forschungsabteilungen von Deutscher Bank und Allianz in die öffentliche Debatte gebracht. Die Dokumente belegen, dass die Experten der Unternehmen selbst davon ausgehen, dass Spekulation mit Agrarrohstoffen zu höheren Nahrungsmittelpreisen und damit zu Hunger führen kann.

Erklärung

Der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre e.V. wird diese Anträge in der Hauptversammlung der Deutsche Bank AG am 23.05.2013 stellen oder stellen lassen.

Der Dachverband wird in der Versammlung den Vorschlägen des Vorstands und des Aufsichtsrats zu diesem Tagesordnungspunkt widersprechen und die anderen Aktionäre veranlassen, für seinen Gegenantrag zu stimmen.

Der Dachverband versichert, Aktionär der Deutsche Bank AG zu sein und bis zum Ende der Hauptversammlung am 31.05.2012 zu bleiben. Der Dachverband der Kritischen Aktionäre fordert die Deutsche Bank AG auf, den Gegenantrag nach §§ 126 und 127 Aktiengesetz mitzuteilen.



Markus Dufner
Geschäftsführer
Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre e.V.

Köln, 06. Mai 2013